



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **33. Sitzung (öffentlich)**

27. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:36 Uhr bis 16:44 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKRG NRW) 5**  
  
Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5351  
  
– Abschließende Beratung und Abstimmung  
  
– Wortbeiträge  
  
Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen  
aller Fraktionen zu.
  
- 2 Viertes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes 6**  
  
Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5940  
  
– keine Wortbeiträge  
  
Der Ausschuss einigt sich darauf, am 6. Dezember 2023,  
13:30 Uhr, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.

- 3 Entwurf der Zwölften Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe** **7**
- Vorlage 18/1631  
Drucksache 18/5951
- keine Wortbeiträge
- Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss zu dem Verordnungsentwurf angehört wurde.
- 4 Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes** **8**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5804
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt auf Antrag von Susanne Schneider (FDP) überein, eine schriftliche Sachverständigenanhörung durchzuführen.
- 5 Einfacher Staat: Patientenschutz im Grenzland erhöhen – mit besseren Daten** **9**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4353
- Schriftliche Anhörung  
im Ausschuss für Europa und Internationales  
Stellungnahme 18/726  
Stellungnahme 18/809  
Stellungnahme 18/818  
Stellungnahme 18/830  
Stellungnahme 18/831  
Stellungnahme 18/833
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

- 6 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächendeckend ausbauen und Wartezeiten verkürzen** 11
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2139
- Ausschussprotokoll 18/224 (*Anhörung in AFKJ und AGS am 20.04.2023*)
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.
- 7 „Sternenkinder“ verdienen mehr Aufmerksamkeit – Forschung und Unterstützung der Eltern bei Fehl- und Totgeburten verbessern!** 12
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3286
- Ausschussprotokoll 18/272 (*Anhörung am 07.06.2023*)
- Wortbeiträge
- 8 Bedarfsgerechte Behandlung von Alopecia areata (Kreisrundem Haar- ausfall)** 14
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/5412
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.
- 9 Für ein familienfreundliches NRW: erweiterte Kinderkrankentage zusichern!** 15
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/5415

- Abschließende Beratung und Abstimmung
  - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.
- 10 Fachkräftesicherung durch Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen** **16**
  - Vorlage 18/1006
  - Vorlage 18/1014
  - Ausschussprotokoll 18/302 (*Anhörung in AGS und AWIKE am 16.08.2023*)
  - Auswertung der Anhörung
    - Wortbeiträge
- 11 Gesundheitsversorgung von Frühgeborenen** (*Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage]*) **18**
  - Bericht der Landesregierung
  - Vorlage 18/1657
  - Wortbeiträge
- 12 Vorbereitung der gesundheitlichen Versorgung in Nordrhein-Westfalen auf den Winter 2023/2024** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **19**
  - Bericht der Landesregierung
  - Vorlage 18/1656
  - mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 13 Verschiedenes** **25**
  - keine Wortbeiträge

**7 „Sternenkinder“ verdienen mehr Aufmerksamkeit – Forschung und Unterstützung der Eltern bei Fehl- und Totgeburten verbessern!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3286

Ausschussprotokoll 18/272 (*Anhörung am 07.06.2023*)

*(Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 10. März 2023)*

**Vorsitzender Josef Neumann** teilt mit, der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen verzichte auf die Abgabe eines Votums.

Die Anhörung habe sich durch eine besondere Emotionalität von anderen Anhörungen abgehoben, so **Susanne Schneider (FDP)**. Es sei deutlich geworden, was in Eltern, die ein Kind verlören, vorgehe. Dabei sei es unerheblich, in welcher Schwangerschaftswoche der Verlust sich ereigne und ob dies dann als Fehlgeburt oder Totgeburt bezeichnet werde. In jedem Fall handle es sich um ein furchtbares Ereignis.

Als besonders wichtig werde im Antrag die Enttabuisierung des Themas herausgestellt. Dies hätten auch die Sachverständigen bekräftigt und begrüßt, dass die Politik das Thema aufgreife. Es brauche eine frühzeitige Aufklärung betroffener Eltern, Informationen über Hilfsangebote sowie Fortbildungen für mit Stillgeburten befasste Fachkräfte. Zudem benötigten die behandelnden Ärzte, Hebammen und Krankenhäuser einheitliche Leitlinien, und eine Datenerhebung zu Fehl- und Totgeburten diene der Wissenschaft.

Des Weiteren sei ein gestaffelter Mutterschutz thematisiert worden, beginnend mit zwei Wochen bei frühen Fehlgeburten. Allein eine Ausweitung der Schutzfristen reiche nicht aus. Außerdem beständen die Forderungen, Väter und Geschwister stärker einzubeziehen sowie Eltern bei medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbrüchen besser zu unterstützen und über die alternative Möglichkeit einer palliativen Geburt zu informieren. Ergänzend würden Bestattungsfelder für Sternenkinder auf möglichst vielen Friedhöfen, die Koordination der sehr heterogenen Angebote und Netzwerke sowie ein landesweites Onlineinformationsportal als sinnvoll erachtet.

All dies würde den Landeshaushalt nur in geringem Umfang belasten, für betroffene Eltern aber ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung und des Verständnisses bedeuten. Einige der Erfahrungen, die Eltern bisher machten, könnten ihnen so erspart bleiben.

**Katharina Gebauer (CDU)** bekräftigt, dass es sich um eine sehr emotionale Anhörung gehandelt habe, mit einem Fokus auf der Enttabuisierung von Fehlgeburten und des Themas „Tod“ insgesamt. Frauen sollten offener über ihre Erfahrungen sprechen können, da dies ihnen helfen könne, sie zu verarbeiten. So wüssten sie auch, dass andere diese Erfahrungen teilten, und man könne sich gegenseitig helfen.

Weitere der in der Anhörung angesprochenen Themen betreffen die Hospizbegleitung von Eltern und Familien sowie die psychologische Begleitung. Es sei deutlich geworden, dass es bislang noch vom Zufall abhängt, ob ein behandelnder Arzt sich Zeit nehme und positiv begleite. Häufig fehle es vielleicht auch an Wissen und Empathie. Frauen dürften in derartigen Situationen nicht alleingelassen werden. Auch brauche es eine bessere Vernetzung und Kooperation der jeweiligen Akteure.

Gefehlt habe in der Anhörung die Perspektive der Gynäkologie. Hebammen, betroffene Mütter und auch eine Fotografin seien vertreten gewesen. Ein gezielter Blick auf die Gynäkologie könnte sich als hilfreich erweisen, da sich in den Frauenarztpraxen häufig bei Fehlgeburten die ersten Kontaktpersonen fänden. Schon dort müssten Frauen Unterstützung erfahren.

**Meral Thoms (GRÜNE)** bestätigt, die Anhörung sei wirklich unter die Haut gegangen. Es sei zu spüren gewesen, welcher Verlust und welche Trauer mit Fehl- bzw. Still- oder Totgeburten verbunden seien und welche immense Belastung dies für die Eltern bedeute.

Leider hänge es häufig vom Zufall ab, ob Eltern bzw. Mütter sensibel begleitet würden. Aus diesem Grunde brauche es eine Enttabuisierung und bessere Aufklärung. Es gelte, den Verlust respektvoll anzuerkennen und den Betroffenen in ihrer Trauer beizustehen. Die Sachverständigen hätten überdies die Forderung nach einem gestaffelten Mutterschutz begrüßt. Dem Landesverband der Hebammen zufolge solle außerdem die Nachsorge nicht nur in den Kliniken, sondern auch in der ambulanten Versorgung geschehen.

**Christina Weng (SPD)** schließt sich den Ausführungen ihrer Vorrednerinnen vollumfänglich an. Es habe sich um eine der am stärksten berührenden Anhörungen gehandelt, an denen sie teilgenommen habe, und es sei deutlich geworden, dass man gesetzgeberisch tätig werden müsse.

**Dr. Martin Vincentz (AfD)** stellt infrage, ob es sich noch immer um ein Tabu handle, über das Thema zu sprechen, zweifellos habe es aber im Vergleich zur Medizin der Vergangenheit einen Paradigmenwechsel gegeben. Dies gelte für den Umgang mit Leben und Tod in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt. Teilweise habe man es früher als richtige Vorgehensweise erachtet, Eltern nicht mit ihren totgeborenen Kindern in Kontakt zu bringen und ihnen somit den Abschied zu verwehren. Vielmehr seien die Kinder sozusagen im medizinischen Sondermüll entsorgt worden. Dies ließe sich aus heutiger Sicht ethisch nicht mehr vertreten. Nach und nach trete aber ein dringend nötiges Umdenken ein, und Verbände kümmerten sich darum, dass Leben, aber auch Tod den nötigen Raum erhielten.

Dass die Politik einen gesetzlichen Rahmen schaffen wolle, um der Trauer einen angemessenen und würdigen Raum zu geben, sei richtig. Noch immer geschehe aus veraltetem Denken heraus eine Menge Unrecht, und der nötige Raum für Trauer fehle häufig. Es gestalte sich für den Gesetzgeber schwierig, im Einzelnen zu definieren, beispielsweise ab welchem Gewicht eines Kindes oder ab welcher Schwangerschaftswoche gesetzliche Möglichkeiten greifen sollten, und der Antrag diene dazu, sich damit auseinanderzusetzen.